



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 05.07.2022

Hagedorn: Millionenschwerer Aufwuchs im Haushalt 2023 für Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee – Geld reicht aber nicht für Technik-Auftrag zur Munitionsbergung!

Die SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Bettina Hagedorn aus Ostholstein, ist über den Regierungsentwurf zum Haushalt 2023 im Etat von Umweltministerin Steffi Lemke für Munitionsaltlasten enttäuscht, obwohl es einen millionenschweren Aufwuchs gibt:

„Nachdem im Haushalt 2022 nur bislang 400.000 Euro für die Planung von Auftragsvergaben für die technische Plattform zur Bergung von Munitionsaltlasten im Umweltetat bewilligt wurden, war meine Erwartungshaltung groß, ob nun im Haushalt 2023 die 100 Mio. Euro, die die Grünen in Norddeutschland schon 2021 im Wahlkampf vehement für ein dringend benötigtes Pilotprojekt zur Bergung von Munitionsaltlasten gefordert hatten, im Haushalt abgesichert sei. Wörtlich heißt es im Kabinettsentwurf zum Haushalt 2023: ‚Im Umweltschutz stellt 2023 der nationale Meeresschutz mit einem Ausgabeansatz in Höhe von 22 Mio. € - darunter das Sofortprogramm Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee - einen programmatischen Schwerpunkt dar.‘ Zwar stehen im Umweltetat nun nicht nur die 22 Mio. Euro als Ausgabenansatz zur Verfügung, sondern auch noch knapp 36 Millionen als

Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2024 bis 2026, aber diese insgesamt 58 Mio. Euro reichen nicht aus, um die Finanzierung des Auftrags für die erforderliche Bergungsplattform zu sichern. Erschwerend kommt nämlich hinzu, dass aus diesem Haushaltstitel mit den 58 Mio. Euro zwei weitere wichtige Projekte finanziert werden sollen – nämlich die Nationale Meeresschutzoffensive und Maßnahmen des Meeresnaturschutzes. Welches dieser drei Projekte mit welchem finanziellen Anteil gefördert werden soll, geht aus der Kabinettsvorlage zum Bundeshaushalt 2023 nicht hervor – aber eines ist sonnenklar: für diese 58 Mio. Euro kann man auf keinen Fall alle drei wichtigen Projekte zum Meeresschutz bis 2026 solide finanzieren. Wenn allerdings die Bergungsplattform sowie technisches Spezialgerät zur Problemlösung mangels Geld nicht dieses Jahr beauftragt werden können, dann wird die Bergung dieser Munitionsaltlasten auch 77 Jahre nach Kriegsende weiter ‚auf die lange Bank geschoben‘, obwohl es sich um eine ‚tickende Zeitbombe‘ handelt. Zwar wird mit diesen 58 Mio. Euro im Umweltetat von Steffi Lemke ein erster wichtiger Schritt gemacht, aber wenn die Umweltministerin – wie sie schreibt – den Meeresschutz zum Schwerpunkt ihrer Agenda machen will, dann wäre hier nur eine mindestens verdoppelte Summe glaubwürdig. Die Diskussion um die sachgerechte Entsorgung von Munitionsaltlasten und die Sicherstellung von technischem Know-how zur Bergung durch hochqualifizierte Unternehmen im Norden ist nicht neu – aber passiert ist bislang wenig, obwohl noch mindestens 1,6 Mio. Tonnen von konventionellen Waffen auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee liegen. Die alte Munition verrottet - und droht die hoch toxischen Inhalte unkontrolliert ins Meer abzugeben – mit großen Gefahren für Natur und Mensch. Klar ist: die milliarden schwere Entsorgung muss als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern angepackt werden.“

Im Ampel-Koalitionsvertrag steht dazu: „Für die Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm

aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert.“

Bettina Hagedorn weiter: „Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün in Schleswig-Holstein ist allerdings von einer finanziellen Beteiligung des Landes an der Bergung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee keine Rede – stattdessen gibt es nur schwammige Allgemeinplätze und kein klares Bekenntnis zur Mitverantwortung des Landes für diese für die Menschen an der Küste so wichtige Thematik. Darum muss Monika Heinold schon mit dem Landeshaushalt 2023 ‚Farbe bekennen‘ und einen zweistelligen Millionenbetrag für die Bergung der Munitionsaltlasten verankern. Engagierte Wissenschaftler, Meeresschutzorganisationen, kommunale Vertreterinnen und Vertreter entlang der Küste, Einheimische und Touristen sind nachvollziehbar in großer Sorge um den Meeresschutz in unserer Region. Die Bergung dieser Munition ist definitiv nicht alleinige Aufgabe des Bundes – wenn Schleswig-Holstein (zu Recht!) öffentlich am Lautesten nach der Lösung dieses gewaltigen Problems ruft, dann wäre es extrem unglaublich, wenn sich das Land nicht sofort in einem nennenswerten Umfang finanziell daran beteiligt.“

Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Schwarz-Grünen auf S.142 Munitionsaltlasten: „In Abstimmung mit dem Bund, der maritimen Wirtschaft und der Wissenschaft unterstützen wir Projekte zur Bergung von Munitionsaltlasten. Wir setzen uns für eine Koordinierung der unterschiedlichen Projekte ein. Schleswig-Holstein hat national und international eine anerkannte Vorreiterrolle bei der Bewältigung der Herausforderungen und der Beseitigung von Munitionsaltlasten im Meer. Wir sehen in dem Werften-Angebot zur industriellen Entsorgung von Munitionsaltlasten in Nord und Ostsee eine realistische Chance. Diese wollen wir durch digitale Technologien weiter ausbauen und wirtschaftlich nutzbar machen. Die Initiativen des Bundes für das Sofortprogramm und den Bund-Länderfonds zur Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten begrüßen und unterstützen wir. Wir sind bereit, einen fairen Anteil zu einer soliden Finanzierung beizutragen.“